

Betriebsversammlung der Firma Robert Bosch GmbH, Bamberg
November 2013

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Geschäftsleitung,

seid ihr zufrieden mit euerem Leben? Würdet ihr euch vielleicht sogar als glücklich bezeichnen? Seid ihr zufrieden mit euerem Einkommen, mit eurer Rente oder mit euerem Lohn? Seid ihr zufrieden mit der sozialen Situation in unserem Land? Mit der Verteilung der erwirtschafteten Güter, mit der Einkommensverteilung etc.? Zufrieden mit den sozialen Leistungen?

Wenn wir das alles aus tiefster Überzeugung mit einem klaren Ja beantworten könnten, hätten wir gute Chancen, ein hohes Alter zu erreichen.

Denn, so sagen uns die Soziologen, zwischen der Güterverteilung innerhalb einer Gesellschaft und der Lebenserwartung ihrer Mitglieder besteht ein direkter Zusammenhang. Je ausgeglichener diese Verteilung ist, desto länger, weil stressfreier leben die Menschen. Und zwar unabhängig davon, wie hoch das Reichtumsniveau der gesamten Gesellschaft anzusetzen ist.

So ist Kerala im Süden Indiens 6 mal ärmer als Brasilien. Und doch liegt die Lebenserwartung dort um 8 Jahre höher als im durchschnittlich reicheren Brasilien. Warum? Die Güter sind gleichmäßiger verteilt. Die Menschen haben dadurch weniger Stress, ihren sozialen Status zu halten, und weniger Angst, ihn zu verlieren. Der Existenzkampf um die Sicherung der Lebensgrundlagen ist nicht so scharf und das schlägt sich

in einer entspannteren Lebensweise und einer höheren Lebenserwartung nieder.

Seit Jahren zeigen Umfragen in unserem Land, dass die Menschen zunehmend unzufrieden sind mit der sozialen Situation. Auch der von den inzwischen abgewählten FDP Ministern geschönte jüngste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung kann daran nichts ändern: Gut zwei Drittel der Bundesbürger sehen die wirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik in einer unsozialen Schieflage und fast genau so viele sagen, dass die soziale Kluft in den letzten Jahren zugenommen hat.

Natürlich gab es zu allen Zeiten und so auch in unserem Land immer Verteilungsunterschiede, es gab immer Wohlhabende und sogar sehr Wohlhabende auf der einen Seite und Bedürftige auf der anderen Seite. Aber die Unterschiede waren nie so extrem wie heute. Man gebraucht manchmal das Bild des Aufzugs dafür. Der Aufzug des Wohlstands fuhr bis Mitte der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts für alle Schichten nach oben, wenn auch in unterschiedlichem Tempo. Die Reichen fuhren dabei schneller aufwärts als die unteren Schichten. Aber für alle ging es nach oben.

Heute, unter den Vorzeichen eines neoliberalen Kapitalismus, gilt eher das Bild eines Pater Noster Aufzugs. Für die einen geht es schnell nach oben in schwindelnde Höhen, während die anderen immer weiter nach unten gebracht werden. Und das löst selbstverständlich Ängste und Unzufriedenheit bis in die Mittelschichten hinein aus, weil die spüren, dass es für sie leichter abwärts als aufwärts geht.

Die Frage ist, wie viel Ungleichheit, wie viel soziale Spaltung verträgt unser Land? Und wo kann man ansetzen, wo sind die Stellschrauben,

um wieder mehr soziale Gerechtigkeit und damit auch mehr gesellschaftliche Stabilität herzustellen?

Zunächst sollten wir da mal die Frage klären, wozu denn die Wirtschaft überhaupt da ist. Das ist bis heute eine erstaunlich selten gestellte Frage. Mit der Kath. Soziallehre im Hintergrund ist die Antwort eindeutig. Im Bild ausgedrückt, ist die Wirtschaft die Magd, die dafür Sorge zu tragen hat, dass jeden Tag pünktlich mittags um 12.00 Uhr die Suppe am Tisch steht. Sie hat, um in diesem Bild zu bleiben, weder darüber zu entscheiden, wer alles am Tisch sitzen darf und auch nicht, wer wie viel auf den Teller bekommt. Das ist Sache der Herrschaft, also wohl der Politik. Also: Die Wirtschaft hat die Aufgabe, die materielle Lebensgrundlage für alle Menschen der Gesellschaft zu sichern, nicht nur für die der oberen Zehntausend. Denn alle Menschen sollen in die Lage versetzt werden können, ihr Leben zu entfalten.

Die Wirtschaft hat also für die Menschen da zu sein und nicht die Menschen für die Wirtschaft. Damit kommt der Arbeit im Wirtschaftsprozess der Vorrang vor dem Kapital zu. Kapital ist immer nur tote Stofflichkeit. Arbeit wird aber von Menschen geleistet und drückt damit die menschliche Würde aus.

Und weil Arbeit Vorrang hat, kommt auch der **Lohnfrage** eine enorme Wichtigkeit zu.

Die Kath. Soziallehre spricht in diesem Zusammenhang vom gerechten Lohn. Wer arbeitet, muss davon auch in Würde leben können. Die Frage der Lohngerechtigkeit ist der „Dreh- und Angelpunkt der Sozialethik“ (LE 19.1), keine bloße Randfrage. Die Fragen zur Würde des Menschen in der Arbeitswelt, zur Rolle des Staates und der Familie, zur betrieblichen Mitbestimmung, zu Arbeitnehmerrechten und politischer Demokratie etc.

verdichten sich an diesem Punkt. Kein Wunder, denn über Löhne werden Lebenschancen verteilt und damit über menschliche Würde und gesellschaftliche Stabilität entschieden. In der Lohnfrage wird die Frage nach der Menschenwürde konkret.

In der Katholischen Soziallehre wird ein wichtiges Kriterium für den gerechten Lohn genannt:

“Die gerechte Entlohnung für die Arbeit eines Erwachsenen, der Verantwortung für eine Familie trägt, muss dafür ausreichen, eine Familie zu gründen, angemessen zu unterhalten und ihr Fortkommen zu sichern“ (LE 19.3).

Eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Und wenn man dieses Kriterium ernst nähme, dürfte es keinen Niedriglohnbereich geben und die Forderung nach einem Mindestlohn wäre überflüssig.

In Deutschland hat sich in den letzten Jahren ein skandalöser Niedriglohnsektor gebildet. Um die 8 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer krebsen, obwohl sie Arbeit haben, am Existenzminimum herum. Mit einem Anteil von 22% an allen Arbeitnehmern hat Deutschland den größten Niedriglohnsektor in ganz Europa. Nahezu eine halbe Million Vollzeitbeschäftigte erzielen heute nicht einmal mehr das Existenzminimum und müssen sich den Lebensunterhalt durch Arbeitslosengeld II aufstocken lassen.

Die Niedriglöhner werden gleich doppelt bestraft. Denn Niedriglöhne bedeuten ein Leben in Armut jetzt und auch Armut in der Zukunft, weil die Renten nur Hungerrenten sein werden. Dass Armut entwürdigt hat sich ja herumgesprochen. Armut aber trotz Arbeit –das ist ein Skandal, ein Schlag ins Gesicht, eine Beleidigung! Der Niedriglohn ist der Fahrstuhl nach unten in die Armutszone.

Und um es gleich deutlich zu sagen: Der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn ist nicht die Lösung dieses Problems. Obwohl wir ihn noch nicht einmal haben, müssen wir jetzt schon deutlich sagen: Das wird uns nicht reichen!

Die Niedriglöhne sind politisch gewollt, denn dadurch lässt sich Druck aufbauen auf den Lohnbereich insgesamt. Und es ist in den letzten Jahren ja auch wirklich gelungen, die Löhne klein zu halten. Natürlich sind sie brutto prozentual gestiegen. Aber rechnet man Steuern und Sozialabgaben raus und auch die Preissteigerung, dann bemerkt man, dass die Löhne real keineswegs gestiegen, sondern im Gegenteil gesunken sind, von 2000 bis 2010 um ganze 5,4 %. Und das auch in den wirtschaftlichen Boomjahren 2005-2008 – das ist historisch bisher noch nicht dagewesen. Unsere Kaufkraft heute ist also geringer als von vor 10 Jahren.

Wenn es so ist, dass die Lohnfrage der Dreh- und Angelpunkt der Sozialethik ist, dann sind tarifliche Forderungen nach höheren Löhnen keineswegs überzogene Maßlosigkeiten, sondern wohl eher ein Gebot der ausgleichenden Gerechtigkeit und der sozialen Umverteilung nach unten und damit eine Investition in die Stabilität der Gesellschaft. Denn nicht nur Banken, auch Löhne sind systemrelevant und müssen gerettet werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

heute, so sagt man uns, muss der Sozialstaat noch mehr als sowieso schon verschlankt werden. Der Staat muss zurückgefahren werden, er soll sich raushalten. Die Sozialkosten seien nach wie vor zu hoch und so wird seit Jahren verstärkt die Eigenverantwortung eingefordert. Und das bedeutet dann:

Zuzahlungen in der Krankenversicherung, Rente mit 67, Absenkung des Rentenniveaus, zusätzliche private Rentenversicherungen,

Arbeitslosengeld II auf Sozialhilfeniveau – das alles und noch viel mehr, so sagt man uns, muss zumutbar sein, denn der Staat sei schließlich keine soziale Hängematte.

Die sog. HartzIV Empfänger verdienen in diesem Zusammenhang eine besondere Erwähnung.

Die strukturell verfestigte Arbeitslosigkeit, das erkennen inzwischen immer mehr kritische Zeitgenossen, lässt sich nicht dadurch bekämpfen, dass der gesellschaftliche Druck auf die Leidtragenden erhöht wird. Die werden dadurch in eine doppelte Opferrolle gedrängt. Sie haben die Arbeitslosigkeit zu ertragen und man gibt ihnen sozusagen obendrein noch die Schuld daran.

Da hat sich in unserem tragenden gesellschaftlichen Menschenbild etwas Grundlegendes verändert. Mit Hartz IV hat sich quasi die Beweislage umgedreht.

Wer bis dato bedürftig war, hatte Anspruch auf ausgleichende Leistungen. Jetzt ist es so, dass der Bedürftige erst einmal nachweisen muss, dass er der Unterstützung würdig ist. Der bedürftige Mensch gerät unter den Generalverdacht, er nutze den Sozialstaat aus. Und diesen Verdacht muss er erst einmal aus dem Weg räumen. Und nur wenn er sich dieser nicht selten entwürdigenden Prozedur unterwirft, wird ihm Hilfe zuteil.

Vom heiligen Augustinus gibt es den Satz: Fehlt die Gerechtigkeit, was sind Staaten anderes als große Räuberbanden? Der Sozialstaat ist der Stabilitätsfaktor schlechthin in unserer Gesellschaft. Er ist deshalb, wie es im Gemeinsamen Wort der beiden Kirchen „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ von 1997 heißt, kein Kostgänger der

Wirtschaft, der je nach Finanzlage bis zur Magersucht verschlankt werden darf. Er ist ein Wert an sich.

Die Politik hat es zugelassen, dass die Reichen sich von der Finanzierung des Gemeinwohls seit Jahren immer mehr zurückziehen. Hier liegt der eigentliche Hund begraben.

Die Politik spart bei den kleinen Leuten, sie senkt das Rentenniveau, sie setzt das Renteneintrittsalter hoch, sie hat Hartz IV eingeführt, weil sie Steuergeschenke an die Wohlhabenden dieser Gesellschaft weggegeben hat: Sie hat die Vermögenssteuer abgeschafft, die Erbschaftssteuer reduziert und den Spitzensteuersatz gesenkt. D.h. nicht wir leben über unsere Verhältnisse, eigentlich leben die Reichen über unsere Verhältnisse!

Die zunehmende soziale Spaltung in Arme und Reiche gefährdet den sozialen Frieden und die gesellschaftliche Stabilität (einer der bisher großen Vorteile des Wirtschaftsstandortes Deutschland). Um die menschliche Würde für alle zu sichern braucht es eine gerechtere Verteilung des Volksvermögens, es braucht eine breitere Verteilung der vorhandenen Arbeit und es braucht einen starken Sozialstaat. Dazu ist es wichtig, die Wohlhabenden und Reichen stärker als bisher zur Finanzierung des Gemeinwohls heranzuziehen.

Ein gut funktionierender Sozialstaat ist die Grundlage unserer Demokratie. Zwischen beiden gibt es einen engen Zusammenhang. Ohne die gesellschaftliche Stabilität, die mit einem starken Sozialstaat einhergeht, gerät auch unsere politische Demokratie ins Schlingern. Denn wenn Menschen ins soziale Abseits gestellt werden, können wir nicht erwarten, dass sie das politische System stützen, das sie für ihre Lage verantwortlich machen. Sie werden sich anderen, womöglich extremen politischen Gruppierungen zuwenden und von dort ihr Heil

erwarten. Der Sozialstaat steht also für die soziale Integration aller Gruppen der Gesellschaft und ungestraft betreibt man an ihm keinen Raubbau. Oder um es mit den Worten von Heribert Prantl, Ressortchef für die Innenpolitik bei der Süddeutschen Zeitung zu sagen: „Sozialstaat und Demokratie gehören zusammen, sie bilden eine Einheit. Wer den Sozialstaat beerdigen will, der muss also ein Doppelgrab bestellen.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

bei der Frage nach einem gerechten Lohn und nach einem starken Sozialstaat geht es letztlich stets um den Schutz der menschlichen Würde. Jeder Mensch ist mehr wert als alles Gold der Erde, so formuliert es Kardinal Cardijn. Die menschliche Würde ist uns so unendlich wertvoll, dass sie niemals mit Geld aufgewogen werden könnte. Damit widersprechen wir entschieden dem Glaubensbekenntnis der Schlossalleebesitzer, die den Wert, auch den menschlichen Wert immer in Geld rechnen.

Lassen wir uns also unsere Würde nicht nehmen von jenen, die glauben, alles auf der Welt ist nur eine Frage des Preises.